

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2015

Peter Sloman: The Liberal Party and the Economy, 1929–1964.

Oxford: Oxford University Press, 2015, 281 S., ISBN: 978-0-19-872350-9

Dass derzeit – wenngleich als Juniorpartner der Konservativen – in Großbritannien Liberale an der Regierung sind, ist keine Selbstverständlichkeit. Die Partei, die noch im 19. Jahrhundert zu den erfolgreichsten Regierungsparteien überhaupt gehörte, hatte seit den Jahren, die dem Ersten Weltkrieg folgten, eine wahre Durststrecke zu durchleben. Nur in der Allparteienregierung während des Zweiten Weltkriegs war sie beteiligt – und dort nicht in den wichtigsten Funktionen. In den fünfziger Jahren drohte ihr sogar der vollständige parlamentarische Exitus. Erst in den sechziger Jahren schaffte sie es, sich unter ihrem Vorsitzenden Jo Grimond parlamentarisch einigermaßen zu regenerieren, wenngleich die Regierungsmacht in weiter Ferne blieb.

Der in Oxford lehrende Historiker Peter Sloman nimmt sich eben dieser langen Durststrecke an, die die Liberal Party (heute: Liberal Democrats) zwischen den Jahren 1929 und 1964 zu erleiden hatte. Das war jene Zeit, in der im Gefolge der Großen Depression die Liberalen endgültig ihre politische Diskurshegemonie in der Wirtschaftspolitik verloren – eingezwängt zwischen den Konservativen und der neu aufsteigenden Labour-Partei, die die Liberalen nun als die Fortschrittspartei zu ersetzen begann. Es ist genau diese (verlorene) Wirtschaftsdebatte, die Sloman sachkundig und detailliert nachzeichnet.

Die vereinfachte Version dieser könnte lauten, dass die Liberalen im 19. Jahrhundert eine klare freihändlerische und marktwirtschaftliche Botschaft hatten, die sie im 20. Jahrhundert zugunsten einer etatistischeren Agenda aufgaben, die Labour glaubwürdiger vertrat. Dieser Theorie der inhaltlichen Selbstaufgabe setzt Sloman eine differenziertere Darstellung des Ringens der Liberalen um die richtigen Antworten auf die wirtschaftspolitischen Herausforderungen und Krisen der Zeit entgegen.

Kaum bestritten werden kann, dass Liberale oder den Liberalen nahestehende Vordenker wie William Beveridge und John Maynard Keynes schon in den 1930er Jahren wesentliche Elemente dessen in liberalen Kreisen salonzfähig machten, was später die Agenda der Labour-Regierungen nach dem Zweiten Weltkrieg ausmachte, etwa staatliche Konjunkturpolitik und der Ausbau des Wohlfahrtsstaats. Aber vergessen werden sollte auch nicht, dass viele der Rezepturen aus der Not geborene Antworten auf die wirtschaftliche Depression der Zeit waren und zugleich daher immer fundierte Warnungen laut wurden, dass staatliche Interventionen immer darauf geprüft werden sollten, dass sie die Freiheit nicht zu sehr einschränken dürften.

Immer wieder gab es Kräfte wie etwa Francis Hirst, die daran erinnerten, dass der Freihandel und der Wettbewerb Kernbestände der liberalen Tradition seien. Manche Diskussionen, die darob in der Partei geführt wurden, erinnerten durchaus an die Formierungsphase der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zur gleichen Zeit. Mitte der 1930er Jahre lancierte die Partei Kampagnen unter dem

Motto „Ownership for all“, die – inspiriert von den Schriftstellern Gilbert K. Chesterton und Hillaire Belloc – sich der Idee der Verstaatlichung von Industrien energisch widersetzten, und auf Wettbewerbspolitik und breite Streuung von Eigentum anstelle von Monopolen befürwortete.

Selbst in den frühen 1960er Jahren, als die Partei sich unter Jo Grimond einer eher linken Wachstumspolitik verschrieb und sich damit (erfolglos!) Machtoptionen als Partner der Labour Party eröffnen wollte, blieb der Kurs keineswegs unumstritten. Man ist daher überrascht, dass aus der Partei, die einst den Wohlfahrtsstaat für Labour vorgedacht hatte, nunmehr auch einige Vordenker der später von der Konservativen Margaret Thatcher umgesetzten marktwirtschaftlichen Wende wie etwa Arthur Seldon, der Gründungsdirektor des Institute of Economic Affairs, hervorgingen.

Letztlich waren es aber die Konservativen, die von diesem intellektuellen Trend profitierten, während sich die Liberalen in den späten 1960ern programmatisch etwas ins Abseits manövrierten. Dass die Partei erst mit ihrer Rückbesinnung auf das klassisch liberale Erbe wieder an die Regierung kam, kann kaum verwundern.

Sloman zeichnet in seinem flüssig und detailreich geschriebenen Buch eine innerparteiliche Debatte nach, die aufregender kaum sein könnte. Dass Sloman sich an einigen Stellen darin ergeht, den Schwenk der Liberalen zu mehr Staatsinterventionismus als ökonomischen Erkenntnisfortschritt darzustellen, was von vielen Ökonomen so nicht hingenommen würde, stört kaum. Es schmälert die Qualität dieses insgesamt doch mit erfreulich geringer ideologischer Aufgeregtheit geschriebenen Buches jedenfalls in keiner Weise. Für den am britischen Liberalismus interessierten Leser ist das Buch jedenfalls eine Fundgrube neuer Erkenntnisse.

Berlin

Detmar Doering